

# Inhaltsverzeichnis.

*Druckfehlerberichtigungen.* Seite XV—XVI.

*Vorwort.* Seite XVII—XXXII.

## 1. Kapitel. Windthorst und das Zentrum zur Römischen Frage und zur Dreibundpolitik. Seite 1—64.

Die Bedeutung der Römischen Frage 1. — Verhältnis des Papstes zu Italien: Ablehnung des italienischen Garantgesetzes, Verbot der Teilnahme an Parlamentswahlen 2. — Papst Leos XIII. Streben nach Rückgabe Roms durch Unterstützung des Fürsten Bismarck 3. — Bismarcks diplomatisches Spiel 4. — Stellungnahme der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 7. — Die Forderung der „Wiederherstellung des Kirchenstaates“ und die Generalversammlung von 1887 zu Trier 8. — Windthorsts Widerstand 9. — Annahme einer Resolution Windthorsts in Trier 10, — in Freiburg 11. — Anerkennung durch Leo XIII. 11. — Windthorsts Weisung an die katholische Presse beim ersten Besuch Kaiser Wilhelms II. in Rom 11. — Versuch des Papstes, seine Stellung durch Bismarcks Hilfe zu verbessern 12. — Bismarcks unverbindliche Stellungnahme 14. — Windthorsts Warnung vor Bismarcks diplomatischem Spiel mit dem Papst 16. — Bismarcks erneute Vertröstung des Papstes 18. — Angeblicher Kriegsplan zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes 19. — Garantie Roms für Italien durch Bismarck 20. — Erster Besuch Kaiser Wilhelms II. bei Papst Leo XIII. (1888) 20. — Vergeblicher Versuch des Papstes, den Kaiser für die Lösung der Römischen Frage zu gewinnen und Deutschland von Italien zu trennen 21. — Aufrechterhaltung der Ansprüche des Papstes auf Rom 23. — Plan einer internationalen katholischen Aktion zum Schutze des Papsttums 24. — Enttäuschung Leos XIII. durch Bismarck; des Papstes Hinwendung zu Frankreich 26. — Mißerfolg der päpstlichen Politik 28. — Die Besetzung der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan 29. — Die Schwenkung der päpstlichen Politik von Deutschland zu Frankreich 31. — Einwirkung des Papstes auf die französischen Katholiken zum Anschluß (ralliement) an die Republik 31. — Stellungnahme der deutschen Katholiken gegenüber der vatikanischen Politik 34. — Eine „päpstliche Instruktion“ über den Dreibund für die Generalversammlung der deutschen Katholiken 1892 in Mainz 37. — Zweiter Besuch des Kaisers Wilhelm II. bei Papst Leo XIII. 40. — Die vatikanische Presse gegen den Dreibund für das französisch-russische Bündnis 43. — Die Jesuiten und die vatikanische Anti-Dreibunds-Politik 44. — Artikel der Jesuiten-Zeitschrift „Civiltà cattolica“ (September 1896) 45. — Deutschlands Schwierigkeiten mit Italien wegen der Resolution der Katholikentage 46. — Aenderung des Wortlauts auf der Generalversammlung der deutschen Katholiken zu Krefeld (1898) 48. — Scheitern der Politik Leos XIII.; Versuche einer Versöhnung mit Italien unter den folgenden Päpsten 50. — Neue Resolutionen

der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 51. — Mussolinis Verständigung mit dem Papst 53. — Abschluß der „Lateranverträge“ 55. — Bedeutung dieser Lösung der „Römischen Frage“ 56. — Ausschluß einer internationalen Garantie 57. — Mussolinis faschistische Politik gegenüber der Kirche 59. — Widerlegung von Bedenken gegen die Lösung der Römischen Frage durch die Lateranverträge 60. — Begrüßung der Lösung durch die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Freiburg i. Br. (1929) 63. — Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Italien 63.

2. *Kapitel.* Die Vertretung der Katholiken in den höheren und höchsten Beamtenstellen Preußens und des Reiches seit Beendigung des Kulturkampfes. Seite 64—84.

Das System der Imparität 65. — Die Minister in Preußen, die Reichskanzler und Reichsstaatssekretäre unter Wilhelm II. 67. — Die Zurücksetzung katholischer Beamten im preußischen Innenministerium 68 — in Oberpräsidien 70 — Regierungen 71 — Landratsämtern 72 — im Justizministerium 74 — in der Justizverwaltung 75 — in anderen Ministerien 76 — im Kultusministerium 76 — an den Universitäten 80. — Das System protestantischer Beamten im katholischen Posen 81 — Oberschlesien 81 — Elsaß-Lothringen 82. — Schriften zur Paritätsfrage 83. — Imparität in Reichsministerien 84.

3. *Kapitel.* Der Besuch Windthorsts bei Bismarck am 10. März 1890. Seite 85—110.

Die Auseinandersetzung Kaiser Wilhelms II. mit dem Fürsten Bismarck über dessen Empfang Windthorsts 85. — Windthorsts Besuch eine Intrige? 86. — Wer hat die Unterredung angeregt? 87. — Die Notwendigkeit einer Verständigung Bismarcks mit Windthorst nach den Reichstagswahlen 91. — Der Tag der Zusammenkunft 93. — Zustandekommen der Unterredung 94. — Die Besprechung 96. — Bismarcks Mitteilung über Windthorsts Besuch 98. — Böttichers Mitteilung an den Kaiser 99. — Windthorsts Schweigsamkeit 100. — Aufregung des Kaisers 101. — Veröffentlichung der Zusammenkunft Windthorsts mit Bismarck 102. — Bismarcks und Windthorsts Politik nach der Unterredung 103. — Bismarcks fixe Idee von einer Intrige Windthorsts zu seinem Sturz 104. — Windthorsts Wunsch, Bismarck zu stützen 106. — Windthorsts Eintreten für Caprivi als Nachfolger Bismarcks 107. — Rechtfertigung Windthorsts gegen den Verdacht des Planes gewaltsamer Bekämpfung der Sozialdemokratie durch einen militärischen Reichskanzler 108.

4. *Kapitel.* Die sozialpolitische Tätigkeit der Zentrumspartei seit dem Tode Windthorsts. Die korporative Organisation der christlichen Berufsstände. Programmatische Formulierungen. Seite 111—163.

Die Sozialpolitik der Zentrumspartei in ihren Zielen, Methoden und Beweggründen 111. — Der Volksverein für das katholische Deutschland als Förderer der Sozialreform 113. — Arbeiterversicherungsgesetze 114. — Witwen- und

## Inhaltsverzeichnis.

Waisenversicherung der Arbeiter 115. — Reichsversicherungsordnung und Versicherungs-gesetz für Angestellte 116. — Arbeiterschutzgesetze und -anträge 117. — Handwerksgesetz 118. — Gewerbeförderung 119. — Genossenschaftsgesetz 119. — Bekämpfung der Sozialdemokratie 120. — Reichstagsverhandlungen über den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat“ 120. — Sammlung der katholischen Arbeiterschaft in katholischen Arbeitervereinen und Christlichen Gewerkschaften 122. — Aufstieg und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes 123. — Unwirksamkeit der sozialen Gesetzgebung und Reform gegenüber der revolutionären Agitation der Sozialdemokratie 124. — Der Ausbruch der Revolution eine Folge der Agitation und des Weltkrieges 125. — Erfolge der deutschen Sozialpolitik gegenüber der Revolution 126. — Die korporative Organisation der christlichen Berufsstände 129. — Die Bauernvereine 130. — Die Landwirtschaftskammern in Preußen 131. — Die Handwerkskammern und Innungen 131. — Die Handelskammern und Kleinhandelsausschüsse 132. — Berufsverbände der Arbeiter: die Christlichen Gewerkschaften 132. — Zentrumsanträge auf Anerkennung der Berufsvereine 134 — auf Einführung von Arbeiterkammern 135. — Weitere Berufsverbände 135. — Der Streit um die interkonfessionellen „Christlichen Gewerkschaften“ 136. — Das Fuldaer „Pastorale“ 137. — Der „Gewerkschaftsstreit“ 139. — Die päpstliche Entscheidung in dem Rundschreiben „Singulari quadam“ 140. — Unternehmer-Verbände 141. — Kartellgesetzanträge des Zentrums 142. — Die korporative Organisation nach der Weimarer Reichsverfassung 142. — Der Ausgleich der Berufsstände-Interessen als Leitgedanke der Sozialpolitik des Zentrums 143. — Ein „katholisch-soziales“ (Oberdörfersches) Programm 145. — Die Idee einer „ständischen Verfassung“ 146. — Ablehnung der führenden Sozialpolitiker des Zentrums 147. — Bestrebungen, das Oberdörfersche Programm als „das katholisch-soziale Programm“ den Katholiken aufzuerlegen 147. — Mißbrauch des Programms zur Bekämpfung des Zentrums durch den Rheinischen Bauernverein 149. — Die Abschwächung des Oberdörferschen Programms in den „Kölner Beschlüssen“ der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (1894) 150. — Sozialpolitische Forderungen des Zentrumsprogramms (1922) 153. — Die von Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln, 1927 herausgegebenen „Richtlinien zur sozialen Verständigung“ 154. — Die Enzyklika „Quadragesimo anno“ über die Gesellschaftsordnung 159.

### 5. Kapitel. Der Kampf des Zentrums gegen das Duellunwesen im Heer und auf den Universitäten. Seite 164—205.

Das „Duellprinzip“ im alten deutschen Heere 164. — Der „Duellstandpunkt“ im preußischen Heere seit den Befreiungskriegen 166. — Kabinettsorders über die Ehrengerichte 167. — Die frühere Haltung der deutschen Katholiken gegenüber dem Duell 168 — und den schlagenden Studentenkorporationen 169. — Die Offizierslaufbahn von Katholiken 170. — Die Frage des kirchlichen Verbots der „Bestimmungsmensuren“ der schlagenden Studenten 170. — Der Fall der drei Grafen von Schmising-Kerssenbrock (1864) 171. — Der Duellstandpunkt in der österreichischen Armee 176. — Milde Beurteilung von Duellverbrechen in Deutschland 177. — Der Duellstandpunkt auf den Universitäten 178. — Ablehnung der Wahl katholischer Korporationsstudenten zu Reserveoffizieren 179. — Kampf des Zentrums gegen die Duellwirtschaft 180. — Ein Wendepunkt im Kampfe gegen das Duell 180. — Die Kabinettsorders über Ehrengerichte 182. — Inter-

pellation Trimborn wegen Ablehnung katholischer Reserveoffiziers-Aspiranten 184. — Reichstagsverhandlungen über Duellfälle 186. — Das Duellprinzip in der bayrischen Armee 187. — Interpellation Roeren wegen Entlassung des Rechtsanwalts Feldhaus (Duisburg) aus dem Offiziersstande 187. — Duellbekämpfung durch das Zentrum im Reichstag beim Offizierspensionsgesetz 190. — Der weitere Kampf des Zentrums gegen das Duellprinzip 191. — Die „Deutsche Anti-Duell-Liga“ 192. — Eintreten des Prinzen Georg von Bayern für das Duellprinzip 192. — Der „Fall Sambeth“ im Reichstag 193. — Reichstagsresolution und Bundesrats-EntschlieÙung 195. — Weiteres Vorgehen des Zentrums und des Reichstags 196. — Deutsches Verbot der Austragung von Duellen während des Weltkriegs 197. — Verbot aller Duelle in der österreichisch-ungarischen Wehrmacht 197. — Aufgeben des „Duellstandpunkts“ in der Reichswehr 197. — Festhalten der „Waffenstudenten“ am Duellprinzip 198. — Bestrafung der Bestimmungsmensuren als Zweikämpfe 199. — Kirchliche Entscheidungen über Mensuren 201. — Kundgebungen von Generalvikariaten über Bestimmungsmensuren und schlagende Studentenverbindungen 202. — Verschärfung der Duellstrafen für Militär und Beamte 203. — Die Duellstrafen im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und Deutsch-Oesterreich 204.

## 6. Kapitel. Die Finanzpolitik des Zentrums seit 1890. Seite 206—264.

Der Finanzbedarf des Reiches 206. — Grundzüge der Finanzpolitik des Zentrums 207. — Verhältnis von Reich und Einzelstaaten in bezug auf die Einnahmen aus Matrikularbeiträgen, Steuern und Zöllen 208. — Verhältnis von direkten und indirekten Steuern 209. — Reichssteuerpolitik 210. — Taktik der Reichsregierung 210. — Steuerpolitik des Zentrums: Sparsamkeit; Beibehaltung der Matrikularumlagen 211. — Machtlosigkeit der Einzelstaaten im Bundesrat gegenüber Anforderungen des Kaisers und der Reichsregierung 213. — Etatskenner im Reichstag, im Zentrum insbesondere Abgeordneter Müller (Fulda) 214. — Der Kampf um die clausula Franckenstein 215. — Gescheiterte Reichsfinanzreformvorschläge 215. — Anleihewirtschaft 217. — Schuldentilgungsvorschläge 219. — Schuldentilgungsgesetze („Leges Lieber“) 220. — Zentrums politik auf Beschänkung der Massenverbrauchsbelastung beim Flottengesetz 222 — und dem Zolltarifgesetz 223. — Einschränkung der Franckensteinschen Klausel durch Stengels kleine Finanzreform (1904) 224. — Die große Reichsfinanzreform (1906) 226. — Steigen der Ausgaben und Schulden des Reiches, insbesondere durch die „Blockpolitik“ 230. — Die „Reichsfinanzreform“-Vorlage von Sydow (1908) 232. — Uneinigkeit der Blockparteien 234. — Besitzsteuer-Antrag des Zentrums 235. — Besitzsteuer-Kompromiß des Blocks 236. — Branntweinsteuer-Vorschlag des Zentrums 237. — Die Besitzsteuerfrage 238. — Börsensteuer-Antrag des Zentrums 239. — Weitere Erledigung der Finanzreform durch Zentrum und Rechte 239. — Bülow's Sturz nach Ablehnung der Erbanfallsteuer im Reichstag 240. — Die Finanzreform der neuen Mehrheit 240. — Das Zuwachssteuergesetz (1911) 244. — Die Wehrvorlagen von 1912 und das Kostendeckungsgesetz 245. — Die Wehrvorlage von 1913 und der einmalige „Wehrbeitrag“ 247. — Die „Besitzsteuer“-Vorlage 248. — Ersatzvorschläge 250. — Das Reichs-Vermögenszuwachststeuergesetz 251. — Erbschaftsteuer-Erhöhung statt Ausdehnung des Erbrechts des Staates 252. — Der Uebergang der direkten Steuern auf das Reich bis zur Erzbergerschen Finanzreform 253. — Die schwin-

## Inhaltsverzeichnis.

dende Bedeutung des Systems der Matrikularumlagen 256. — Die Schwerfälligkeit des Reichsfinanzsystems 257. — Der Dualismus von Reich und Einzelstaaten 258. — Die Neuordnung der Finanzwirtschaft durch die Weimarer Reichsverfassung (vom 11. August 1919) 258. — Die Notwendigkeit des Weltfriedens 261.

### 7. Kapitel. Der Kampf des Zentrums gegen das Jesuitengesetz. Seite 265—371.

Das Reichsgesetz betr. den Orden der Gesellschaft Jesu (vom 4. Juli 1872) 265. — Beginn des Kampfes der Zentrumsparlei für die Aufhebung des Gesetzes 266. — Jesuiten in Deutschland und im 19. Jahrhundert 268. — Vorwürfe gegen die Jesuiten 270. — Der Jesuiten Kampf gegen den Protestantismus 271 — Vaterlandslosigkeit 273 — Morallehre 274 — Gegenreformation 283. — Der Kampf des Zentrums gegen das Jesuitengesetz 286. — Zweite Einbringung des Jesuiten-antrags 287. — Beratung im Reichstag 288. — Interpellation des Zentrums (1896) 290. — Briefwechsel Bachem—Bennigsen 293. — Hemmungen durch den Artikel „Lo Czar a Parigi“ der „Civiltà cattolica“ 295. — Anregung des Nuntius, aus Jesuitenantrag und Militärvorlage ein Do-ut-des-Geschäft zu machen 299. — Dritte Einbringung und Beratung des Jesuitenantrags 301. — Versuch des Kardinals Kopp, die Aufhebung des § 2 durchzusetzen 303. — Lärm um die Canisius-Enzyklika (1897) 305. — Vierte Einbringung des Jesuitenantrags 306. — Widerstand des preußischen Kultusministers und des Reichskanzlers 307. — Hetze des Evangelischen Bundes 308. — Gegensätze zwischen dem Zentrumsführer Dr. Lieber und Kardinal Kopp in der Jesuitenfrage 309. — Kardinal Kopps Einwirkung auf den Kaiser; Absperrung vom Kaiser 310. — Unmöglichkeit, die Abschaffung des Jesuitengesetzes durch politische Zwangsmittel zu erreichen 312. — Vierte Beratung des Jesuitenantrags im Reichstag (1899) 314. — Ein „Kuhhandels“-Angebot des Kaisers 315. — Versuch, das Jesuitengesetz durch den „Toleranzantrag“ zu beseitigen 316. — Zulassung der Jesuiten in den deutschen Kolonien 317. — Verschärfte Praxis der Handhabung des Jesuitengesetzes in Deutschland 317. — Wiedereinbringung des Jesuitenantrags und Interpellation des Bundesrats durch das Zentrum 319. — Eintreten des Reichskanzlers Grafen von Bülow für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes 321. — Ein neuer Zwischenfall: Bischof Korums Vorgehen gegen die paritätische höhere Mädchenschule in Trier 322. — Spahns und Bülows Bemühungen um eine Mehrheit des Bundesrats 325. — Siebente Einbringung des Jesuitenantrags (1903) 326. — Ein Kuhhandels-Angebot von Baden 327. — Beschluß des Bundesrats (vom 8. März 1904), § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben 330. — Beanstandung der Gültigkeit des Bundesratsbeschlusses durch die gegnerischen Bundesstaaten 330. — Druck des Zentrums auf die Reichsregierung 331. — Unterschrift des Kaisers unter das Gesetz 332. — Die geringe Bedeutung des Gesetzes 336. — Protestantischer Lärm nach der Aufhebung des § 2 in den Parlamenten 337 — und im Lande 338. — Rückwirkung auf die Stimmung „bei Hofe“ 339. — Die Kehrseite des Föderativprinzips und der bundesstaatlichen Verfassung 340. — Die Lage nach der Aufhebung des § 2 für die Jesuiten 342 — und für das Zentrum 343. — Verhandlung des Toleranzantrags 343. — Der Reichskanzlerwechsel 343. — Neue Aufrollung der Jesuitenfrage von Bayern aus (1911/12) 345. — Freigabe von Konferenzen in Kirchen und vorübergehender Aushilfe

## Inhaltsverzeichnis.

in der Seelsorge durch Ministerialverfügung in Bayern 346. — Sturm der Jesuitenfeinde; Interpellationen der Nationalliberalen Partei 346. — Eingaben der Bischöfe an den Bundesrat 347. — Entscheidung des Bundesrats vom 28. November 1912: verschärfende Interpretation der verbotenen „Ordenstätigkeit“ 349. — Mißtrauenserklärung des Zentrums gegen die Reichsregierung 350. — Agitation um die Jesuitenfrage im Lande 352. — Siebente Einbringung des Jesuitenantrags (1912) 353. — Abg. Fehrenbachs Anfragen wegen Verbots von Jesuitenvorträgen in Baden 354. — Fünfte Verhandlung des Jesuitenantrags 356. — Anfragen und Interpellation wegen Verhinderung von Vorträgen und Volksmissionen von Jesuiten 357. — Deutsche Jesuiten im Weltkriege 358. — Anfrage und Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes 369. — Gesetz betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes (19. 4. 1917) 361. — Nachspiel in einzelnen Bundesstaaten 361. — Der Evangelische Bund und die Aufhebung des Jesuitengesetzes 362. — Die Rechtsfrage der Geltung von Ordensgesetzen und Jesuitengesetzen der Einzelstaaten 363. — Die Freiheit der Jesuiten nach der Weimarer Reichsverfassung 364. — Neue Jesuitenhetze von völkischer und protestantischer Seite 365. — Beruhigung der Protestanten und ihre Aussöhnung mit der Freiheit und Gleichberechtigung der Katholiken zu fördern 368.

### 8. Kapitel. Fürst Bülow's „Denkwürdigkeiten“ und das Zentrum. Seite 372—399.

Das allgemeine Urteil über Fürst Bülow's „Denkwürdigkeiten“ 372. — Berichtigungen zu Bülow's Bemerkungen über Zentrumsführer 373 — Prinz Franz von Arenberg 373 — Fürst Aloys zu Löwenstein 374 — Domdekan Dr. Schädler 375 — Graf von Hertling 379 — Abgeordneter Speck 380 — Kardinal Kopp 380 — Erzberger 381. — Richtigstellungen zu Bülow's Kritik an der Zentrumsparthei und -politik 386 — in auswärtigen Fragen 387 — Stellungnahme zum Fürsten Bismarck; Bülow's Kritik am Reichstag 389 — Mißachtung der Rechte des Reichstags 390. — Anerkennung des Zentrums 391. — Bülow's angebliche Abhaltung des Kaisers vom Reden auf Vorstellungen der Parteiführer 392. — Bülow's Zurückdrängung der Sozialdemokratie 393 — Haltung gegenüber den Katholiken 393 — Schweigen über seine Abmachungen mit den Freisinnigen bei Einleitung der Blockpolitik 395 — Bekämpfung und Sturz durch das Zentrum 396 — Verdächtigung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall wegen Ablehnung der Bismarckkehrung im Reichstag 397 — Geringschätzung der Parlamentarier 398.

### 9. Kapitel. Zur Wesensart des Abgeordneten und Reichsministers Erzberger. Seite 400—501.

Der Kampf gegen Erzberger, die Verkennung seines Wirkens und Wesens; Veranlassung, sein Charakterbild zu zeichnen, sein Wirken gegen Vorwürfe zu verteidigen 400. — Erzbergers politische Wirksamkeit vor dem Weltkriege 404. — Sein Eintreten für die Wehrmacht 406. — Seine Auslandsaufklärung und -Propaganda im Weltkriege 406. — Seine diplomatische Tätigkeit in Rom 408 — Ueberragende Stellung in Berlin 411 — Friedensresolution 411 — Waffenstillstandsunterzeichnung 412 — Stellung in der Regierung der „Volksbeauftragten“

## Inhaltsverzeichnis.

413 — Ministertätigkeit in Weimar 413 — Annahme des Versailler Friedensdiktats 414 — Anerkennung der deutschen Republik 414 — Reichsfinanzreform 414 — Reichssteuerpolitik 415. — Angriffe gegen Erzberger; Prozeß Erzberger-Helfferich 416. — Erzbergers Rücktritt infolge des Urteils 416. — Erzbergers Ermordung (20. August 1921) 417. — Kritik an Erzberger 417. — Erzbergers Charakter 418 — Persönlichkeit 419 — Selbstsicherheit 420 — Gute Eigenschaften 420 — Schattenseiten 421 — Phantastische Pläne 422 — verständige Politik 423 — Verdienste um den Zusammenhalt des Reiches 423 — Verantwortungsfreudigkeit 424. — Die Hetze gegen Erzberger 425. — Angriffe gegen Erzbergers Politik 432. — Die Friedensresolution 433. — Die Bekanntgabe der Denkschrift Czernins in der Frankfurter Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei 437. — Die Vereitelung der Friedensaktion des Papstes durch Reichskanzler Michaelis aus protestantischer Abneigung gegen den Papst 443. — Nachwirkungen der Friedensresolution für Erzberger 445. — Die Beweggründe der Friedensaktion Erzbergers 446. — Die Quellen der Einsicht Erzbergers in die wirkliche Kriegslage 448. — Erzbergers Friedensaktion im Reichstag 450. — Protestantisches Widerstreben gegen die päpstliche Friedensvermittlung 451. — Der Mißerfolg der Friedensresolution 451. — Der Mangel einer psychologischen Vorbereitung der Öffentlichkeit 453. — Die internationalen Wirkungen der Friedensresolution 453. — Einfluß und Stellung Erzbergers in der Reichstagsfraktion des Zentrums 454. — Erzbergers Unterzeichnung des Waffenstillstands 456 — Selbsternennung zum Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission? 457 — Eintreten für Annahme des Friedensdiktates von Versailles 467. — Helfferichs Hetze gegen Erzberger 469. — Erzbergers Klage und Prozeß gegen Helfferich 470. — Kritik und Widerlegung der vom Gericht anerkannten Vorwürfe gegen Erzberger 472. — Einstellung des Strafverfahrens wegen Meineids 473 — wegen Steuerhinterziehung 474 — und Kapitalflucht 474. — Erzbergers „Verquickung von politischer Tätigkeit mit Privatgeschäften“ 475. — Seine Uneigennützigkeit 476 — Ehrenhaftigkeit 478 — Verfehlungen 478. — Erzbergers Rücktritt als Reichsfinanzminister und vorläufiger Rückzug aus dem öffentlichen Leben infolge des Moabiter Urteils 479. — Weitere Hetze gegen Erzberger 480. — Erzbergers Ermordung 480. — Die Gründe für die Erzberger-Hetze und -Ermordung 482. — Der Klassenkampf der Reaktionen gegen Erzberger 482. — Verkennung von Erzbergers Stellung zum Kaiser und zur Monarchie 483 — Empörung über seine Steuergesetzgebung 485. — Erregung des Protestantismus über Erzbergers Wirken für katholische Interessen 487 — für den Papst 487 — für die Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg gegenüber französischen Angriffen 488 — für die Einsetzung katholischer Könige in Polen und Litauen 489 — für Anstellung von Katholiken in Kriegsstellen 490 — für katholische Missionen und die katholische Kirche im Orient 490 — für Wiederbesetzung des Erzbischofs-Stuhls in Gnesen-Posen mit einem Polen 490 — für Aufhebung des Jesuitengesetzes 491 — für Ausgleich mit den Bischöfen in Belgien und Elsaß-Lothringen 491 — für kirchliche Freiheit in der Reichsverfassung 491. — Erzbergers Reizung der Protestanten 492 — der Freimaurer 492. — Die Erklärung für Helfferichs Verfolgungsfeldzug gegen Erzberger 493. — Zusammenstöße vor dem Bülowkrach und während des Weltkrieges 493 — Kritik Erzbergers an Helfferichs Kriegsfinanzierung 494 — und Kriegspolitik 495. — Helfferich als Vertreter des Großkapitals gegen Erzbergers Reichssteuerpolitik 495. — Schlußurteil über Erzberger 497. — Erzberger als frommer

## Inhaltsverzeichnis.

Katholik 497. — Das Hineintragen konfessioneller Gegensätze in den politischen Kampf 498. — Anerkennung der Gleichberechtigung des deutschen Katholizismus Vorbedingung für den Wiederaufstieg Deutschlands 499.

### 10. Kapitel. Statistiken. Seite 502—518.

Die Vorsitzenden der Fraktion des Zentrums im Deutschen Reichstage 502. — Wählerzahlen der Reichstagsfraktion 504. — Vertretung der Katholiken durch Zentrumsparlei und Bayerische Volkspartei 505. — Katholiken-Stimmen für die einzelnen Parteien (1924) 506. — Mitgliederzahlen der Reichstagsfraktion 507. — Vertretung des Zentrums im Vorstand des Reichstags 508. — Die Vorsitzenden der Fraktion des Zentrums im Preußischen Abgeordnetenhaus und später im Preußischen Landtage 508. — Mitgliederzahlen der Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, später des Landtags 509. — Vertretung des Zentrums im Vorstand des Preußischen Abgeordnetenhauses und späteren Landtags 510. — Gestorbene Führer der Zentrumsparlei 510. — Literatur über Zentrumsführer 515.

### 11. Kapitel. Ergänzungen. Nachträge und Berichtigungen. Seite 519—533.

Rottecks religiöse und kirchenpolitische Stellung 519. — Die Antizölibatsbewegung von 1831 in den Diözesen Freiburg und Rottenburg 519 — in Hessen 521. — Der „Verein zur Abschaffung des Zölibates“ in Ehingen a. d. Donau 521. — Erklärung der Bewegung 522. — Widerstand im Klerus und Volk gegen die Bestrebungen des Ehinger Vereins 523. — Mißbilligung des Vereins und der Bewegung durch den König von Württemberg und den Bischof von Rottenburg 524. — Enzyklika des Papstes Gregor XVI. 525. — Die Antizölibatsbewegung in Baden 525. — Franz Josef Herr, Pfarr-Rektor, Mitglied des badischen Landtags, „erster Ultramontaner und Zentrumsabgeordneter“ 526. — Zu einer Aeußerung von Johannes Heckel, ob Bismarck dem Papste Leo XIII. seine Mitwirkung zur Lösung der Römischen Frage in Aussicht gestellt hat? 528. — Heckels Einseitigkeit in der Kritik der Politik Windthorsts in der Septennatsfrage und der Revision der Kulturkampfgesetze 529. — Unzuverlässigkeit seiner auf preußischen Gesandtschaftsberichten aufgebauten Darstellung über eine „Abordnung des Zentrums“ an den Papst (in Sachen der kirchenpolitischen Novelle von 1886) 531. — Die Aeußerung des Dechanten Hammer „Katholisch ist Trumpf!“ 532. — Erzberger und die Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Compègne. Seite 533.

*Personenverzeichnis:* Seite 535—548.

*Sachverzeichnis:* Seite 549—567.